



Blick auf die auswärtigen Angelegenheiten des Kantons Freiburg

—
2025



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Chancellerie d'Etat CHA
Staatskanzlei SK

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1 Freiburg auf der Bundesbühne	2
Unterstützung der Medien	2
Individualbesteuerung	3
Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen	4
Institut für Föderalismus	5
Regionaler Personenverkehr	6
Entlastungspaket 27 des Bundes	7
Treffen mit Bundesrat Ignazio Cassis	8
Ausbildung in Bundesangelegenheiten	9
2 Interkantonale Beziehungen	10
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	10
Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)	11
Hauptstadtregion Schweiz (HRS)	12
3 Internationale Beziehungen	13
Versammlung der Regionen Europas (VRE)	13
Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE)	14
Grand Est	15
4 Rückblick in Bildern	16
5 Anhänge	20
Fachkonferenzen	20
Interkantonale Vereinbarungen	22

Einleitung

Im politischen System der Schweiz werden viele wichtige Entscheide auf Bundesebene in Bern getroffen. Diese Entscheide haben direkte Auswirkungen auf alle Kantone. Im Jahr 2025 standen mehrere Themen mit grosser Tragweite im Vordergrund, insbesondere in den Bereichen Strassen- und Schieneninfrastruktur, Unterstützung der regionalen Medien sowie die Rahmenbedingungen für das reibungslose Funktionieren der Kantone. Der Kanton Freiburg bleibt von diesen Herausforderungen nicht verschont. Angesichts dieser Herausforderungen hat sich der Staatsrat aktiv dafür eingesetzt, die Anliegen des Kantons Freiburg sowohl bei den Bundesbehörden als auch im Dialog mit den anderen Kantonen zu vertreten.

In diesem Zusammenhang spielt die interkantonale Zusammenarbeit eine zentrale Rolle. Die Kantone, die oft mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind, haben jedes Interesse daran, ihre Positionen zu koordinieren, um die Entscheidungen des Bundes positiv zu beeinflussen. Interkantonale Konferenzen wie die WRK, die Hauptstadtregion Schweiz oder die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) sind genau zu diesem Zweck konzipiert worden. Über die Verteidigung gemeinsamer Interessen hinaus tragen diese Plattformen dazu bei, das für einen ausgewogenen und effizienten Schweizer Föderalismus unverzichtbare Vertrauen zwischen den Kantonen nachhaltig zu stärken.

Die Zusammenarbeit darf sich jedoch nicht nur auf die Beziehungen zwischen den Kantonen beschränken. Ein enger und regelmässiger Austausch mit den Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern sowie eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Bundesverwaltung sind für das reibungslose Funktionieren unseres politischen Systems von entscheidender Bedeutung. Der Staatsrat des Kantons Freiburg sorgt somit für einen ständigen Dialog mit allen betroffenen Akteuren, um sicherzustellen, dass die kantonalen Gegebenheiten in den Entscheidungsprozessen des Bundes angemessen berücksichtigt werden.

Schliesslich verfolgt der Kanton Freiburg mit seinen Massnahmen eine noch umfassendere Perspektive. Da er sich der Bedeutung grenzüberschreitender und interregionaler Beziehungen bewusst ist, pflegt er enge Kontakte zu benachbarten Regionen, insbesondere zu Frankreich. Darüber hinaus beteiligt sich der Kanton Freiburg aktiv an verschiedenen internationalen Organisationen und Netzwerken. Diese Öffnung zielt darauf ab, den Horizont zu erweitern, Innovationen anzuregen und die Entstehung vielversprechender Projekte für die Zukunft des Kantons und seiner Bevölkerung zu fördern.


Olivier Curty
Staatsrat



Offizielles Foto des Staatsrates des Kantons Freiburg 2025 © Staat Freiburg – Etat de Fribourg

1 Freiburg auf der Bundesbühne

Unterstützung der Medien

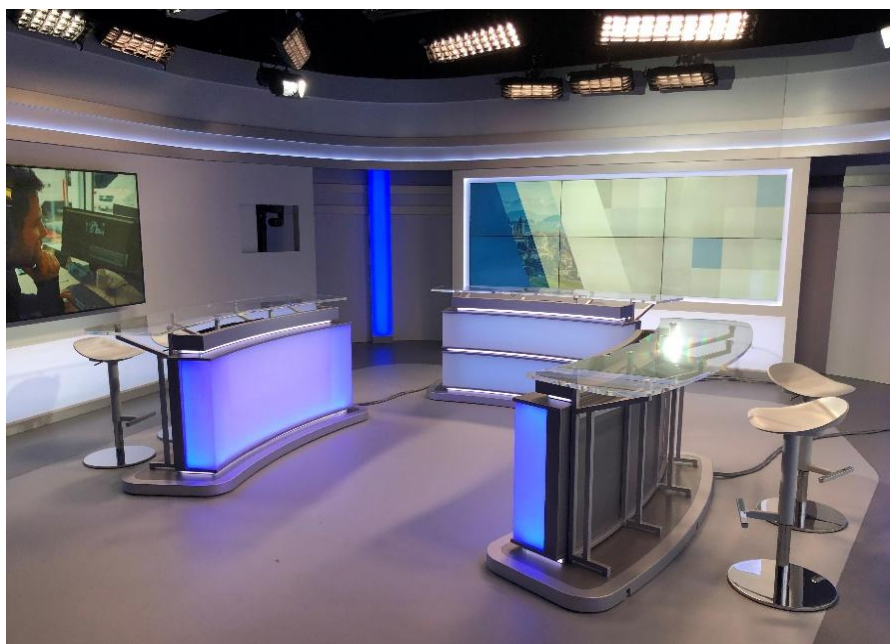
Die Medien, sowohl Printmedien, Radio als auch audiovisuelle Medien, befinden sich in einer besorgniserregenden Lage. Am 13. Februar 2022 lehnte die Bevölkerung das Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien ab. Hinzu kommt die Initiative «200 Franken sind genug!» (SRG-Initiative), die am 10. August 2023 eingereicht wurde und eine Senkung der Gebühr von 335 Franken auf 200 Franken vorsieht. Diese Initiative wird dem Volk bei den Abstimmungen vom 8. März 2026 vorgelegt.

Am 28. Februar 2022 wurde die parlamentarische Initiative [22.407](#) «Verteilung der Radio- und Fernsehgebühren» eingereicht. Sie greift eines der unumstrittenen Elemente des genannten Massnahmenpakets auf. Das Projekt sieht eine Erhöhung der Radio- und Fernsehgebühren um 6 % bis 8 % ihres Ertrags sowie allgemeine, aus den Gebühren finanzierte Fördermassnahmen für die Medien vor. Ziel ist es, insbesondere in abgelegenen Regionen eine möglichst grosse Medienvielfalt zu gewährleisten.

Parallel dazu hat das Parlament auch die Initiative [22.417](#) «Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien» behandelt, die Hilfsmassnahmen für Bildungseinrichtungen und Nachrichtenagenturen vorsieht. Die getrennte Behandlung der beiden Initiativen wurde vom Parlament im Jahr 2025 beschlossen.

In der Wintersession 2025 des Parlaments wurde eine stärkere Unterstützung für lokale Radio- und Fernsehsender von beiden Kammern gemäss den Texten der beiden parlamentarischen Initiativen bestätigt.

Der Kanton Freiburg hat beide parlamentarischen Initiativen unterstützt. Der Staatsrat hat sich mehrfach für die Stärkung eines unabhängigen und qualitativ hochwertigen Journalismus ausgesprochen. Er hat sich für die Annahme der beiden parlamentarischen Vorstösse eingesetzt. Der Kanton führt auch ein Programm für die Unterstützung lokaler Medien durch. Aus Sicht der Kantonsregierung sind unabhängige und faktenbasierte Informationen wichtig für das reibungslose Funktionieren einer Demokratie.



Das Parlament hat beschlossen, lokale Radio- und Fernsehsender stärker zu unterstützen. Künftig erhalten diese zwischen 6 % und 8 % der Radio- und Fernsehgebühren. Radio Freiburg und La Télé werden davon profitieren. © La Télé

Individualbesteuerung

Das Parlament hat am 20. Juni 2025 [das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung](#) als indirekten Gegenvorschlag zur eidgenössischen Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steurgerechtigkeits-Initiative)» verabschiedet. Zehn Kantone haben ein Referendum gegen dieses Gesetz lanciert – der Kanton Freiburg gehörte nicht dazu – und es wurden genügend Unterschriften gesammelt, um ein Volksreferendum durchzuführen. Das Volk wird am 8. März 2026 darüber abstimmen.

Das Bundesgesetz sieht vor, dass Steuerzahlerinnen und -zahler auf allen staatlichen Ebenen individuell besteuert werden, unabhängig von ihrem Familienstand. Die Einkünfte und Vermögenswerte von Ehepaaren würden nach der derzeit für unverheiratete Paare geltenden Regelung aufgeteilt, d. h. entsprechend ihrer zivilrechtlichen Situation. Der Kinderabzug bei der direkten Bundessteuer würde erhöht.

Trotz des bedeutenden Paradigmenwechsels, den die Einführung dieses Gesetzes sowohl in finanzieller als auch in technischer Hinsicht mit sich bringen würde, stimmt der Kanton Freiburg dem Gesetz zu.

Tatsächlich handelt es sich um ein Besteuerungsmodell, das die Teilnahme beider Ehepartner am Berufsleben fördert und es jedem ermöglicht, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu bewahren. Sie unterstreicht den Willen, die Gerechtigkeit zu stärken, gleiche Chancen bei den Arbeitsanreizen zu schaffen und die Heiratsstrafe zu begrenzen. Tatsächlich ist die Initiative auch ein Mittel, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und das Potenzial der einheimischen Arbeitskräfte besser zu nutzen. Insgesamt berücksichtigt sie in angemessener Weise die gesellschaftlichen Realitäten unserer Zeit.

Das letzte Wort zur Individualbesteuerung wird jedoch das Volk in einer für Frühjahr 2026 vorgesehenen Abstimmung haben.



Das Parlament hat das Gesetz über die Individualbesteuerung verabschiedet. Der Kanton Freiburg ist ebenfalls der Ansicht, dass dieses System gerechter ist als das derzeit geltende. Das Volk wird in einer Volksabstimmung darüber entscheiden.

© Jakob Zerdzicki

Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen

Der nationale Adressdienst (NAD) hat zum Ziel, auf nationaler Ebene die Adressdaten der bei den Gemeinde- und Kantonsbehörden registrierten natürlichen Personen zur Verfügung zu stellen. Nur Behörden und gesetzlich beauftragte Dritte dürfen das System nutzen. Der Zugang und die Nutzung zu privaten Zwecken sind ausgeschlossen. Die Datenbearbeitung bleibt weiterhin Aufgabe der Einwohnerkontrollen der Gemeinden und Kantone.

Für alle Kantone, darunter auch Freiburg, würde ein solches System den digitalen Wandel ihrer Verwaltung vorantreiben. Die kantonalen Behörden würden an Effizienz gewinnen und gleichzeitig das Eigentum und die Bearbeitung der Daten bei sich behalten, beispielsweise bei Umzügen mit Kantonswechsel, indem die derzeitigen Verfahren vereinfacht würden. Auch die Bevölkerung wird davon profitieren, da die Verwaltungsbehörden, die Zugang zum NAD haben, die ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über die Datenbank regelmässig aktualisieren können. Dadurch wird vermieden, dass die Bürgerinnen und Bürger

dieselben Informationen mehrmals an verschiedene Verwaltungsstellen übermitteln müssen.

Aus diesen Gründen setzte der Sektor Aussenbeziehungen seine Arbeit fort und betont gegenüber dem Parlament die Bedeutung eines solchen Gesetzesentwurfs, während der Nationalrat den Entwurf an den Bundesrat zurückweisen wollte. Schliesslich beschloss er mit 99 zu 96 Stimmen, die Arbeit an diesem wichtigen Projekt fortzusetzen. Die Diskussionen über den Gesetzesentwurf selbst konnten somit fortgesetzt werden. In diesem Zusammenhang hat der Kanton Freiburg wiederholt seine Unterstützung für den Gesetzesentwurf bekräftigt, gleichzeitig jedoch den Wunsch geäussert, dass die Kantone und Gemeinden von den Gebühren für die Nutzung des Systems befreit werden. Ende 2025 bestand, was den Entwurf betrifft, zwischen dem Ständerat und dem Nationalrat weiterhin eine Meinungsverschiedenheit. Erst im Jahr 2026 kann der Gegenstand vom Parlament erledigt werden und die Umsetzungsarbeiten können beginnen.



Der NAD würde Effizienzgewinne ermöglichen und einen Mehrwert für die Bevölkerung und den Kanton Freiburg darstellen, wobei der Datenschutz gewährleistet bliebe. Die Umsetzungsarbeiten könnten 2026 beginnen. © Tasha Kostyuk

Institut für Föderalismus

Das Institut für Föderalismus (IFF) der Universität Freiburg spielt eine wichtige Rolle bei der Erforschung, Analyse und Verbreitung des Schweizer Föderalismusmodells. Er arbeitet mit den Behörden auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene zusammen und verfügt über ein internationales Zentrum, das Projekte zur Dezentralisierung und Verfassungsreform im Ausland begleitet. Seine Aufgaben fallen in den Zuständigkeitsbereich des Bundes, insbesondere hinsichtlich der Förderung der Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens der Völker, wie dies in Artikel 54 der Bundesverfassung vorgesehen ist.

Der Kanton Freiburg hat sich für ein nachhaltiges Finanzierungssystem eingesetzt, das für die Kontinuität seiner Aktivitäten erforderlich ist. Das Institut trägt durch sein internationales Zentrum zum akademischen Ansehen der Universität Freiburg und der Schweiz im Ausland bei. Es stärkt die Attraktivität des Kantons, insbesondere durch den jährlichen Empfang ausländischer Delegationen, die regelmässige Anwesenheit von Forschenden und die Durchführung internationaler Veranstaltungen. Darüber hinaus trägt die internationale Tätigkeit des Instituts dazu bei, Freiburg als Ort der Expertise und des institutionellen Dialogs aufzuwerten.

Aufgrund seiner akademischen, wirtschaftlichen und strategischen Verankerung setzt sich der Kanton aktiv für den Fortbestand des IFF ein. Die Einrichtung eines nachhaltigen Finanzierungsmechanismus auf Bundesebene ist laut dem Kanton eine notwendige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Leistungen und der Strahlkraft des Instituts sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Im Jahr 2016 hat die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) die vertragliche Zusammenarbeit mit dem Institut beendet und beauftragte eine Institution in Sussex (Grossbritannien) mit der akademischen Begleitung von Schweizer Dezentralisierungsprojekten. Aufgrund einer vom Parlament angenommenen Motion beauftragte es den Bundesrat, die notwendigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um das IFF nachhaltig finanziell zu unterstützen. Das Bundesparlament ist jedoch nicht auf den Vorstoss des Bundesrats («Bundesgesetz über die Finanzhilfen zugunsten des Instituts für Föderalismus») eingetreten.

Das Parlament wollte kein spezielles Gesetz für das Institut, hat aber dessen Arbeit auf internationaler Ebene anerkannt. Deshalb hat es im Rahmen der Debatte über den Voranschlag 2026 eine halbe Million Franken für das Institut bereitgestellt. Dieses Geld wird verwendet, um institutionelle Reformen in Entwicklungsländern zu entwickeln und zu unterstützen.



Das Parlament hat ein Gesetz zur finanziellen Unterstützung des Instituts für Föderalismus abgelehnt, jedoch im Rahmen der Debatte über den Voranschlag eine halbe Million Franken bewilligt. Das Institut wird für Expertisen auf internationaler und nationaler Ebene hinzugezogen, beispielsweise bei der Nationalen Föderalismuskonferenz in Zug. © Staat Freiburg – Etat de Fribourg

Regionaler Personenverkehr

Täglich nutzen rund 2,5 Millionen Menschen den regionalen Personenverkehr (RPV). Der RPV umfasst das Angebot innerhalb einer Region, d. h. S-Bahnen und Busse, die Ballungsräume und das regionale Umland bedienen, sowie bestimmte Seilbahn- und Schiffsverbindungen. Der Bundesrat schlägt vor, den [RPV für die Jahre 2026 bis 2028 mit rund 3,4 Milliarden](#) Franken mitzufinanzieren. Eine Erhöhung des Verpflichtungskredits um 160 Millionen Franken wurde vom Parlament in der Wintersession beschlossen und von beiden Kammern angenommen. Diese Erhöhung wurde vom Kanton Freiburg befürwortet.

Gleichzeitig engagiert sich der Kanton Freiburg über die Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (CTSO) für den Ausbau der Ost-West-Eisenbahnachse. Die Westschweiz umfasst 7 Kantone und wird im Jahr 2025 3,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählen. Die Bevölkerung dürfte bis 2050 um etwa 29 % wachsen. Am 2. Oktober 2025 haben sich diese sieben Kantone für die Ost-West-Eisenbahnachse stark gemacht, die das Rückgrat des Schweizer Schienennetzes bildet. Vertreterinnen und Vertreter aller Kantone sind gemeinsam mit dem Zug nach Bern gereist, um eine Medienkonferenz abzuhalten. Sie erläuterten die Bedeutung dieser Eisenbahnverbindung, welche die Deutschschweiz und die Westschweiz sowie die an die Schweiz angrenzenden Länder direkt durch Freiburger Gebiet hindurch miteinander verbindet.



Am 2. Oktober 2025 fand die CTSO-Veranstaltung statt, deren Ziel es war, die Ost-West-Eisenbahnachse zu fördern. Zu diesem Zweck trafen sich die Regierungen der Kantone der Westschweiz und fuhren gemeinsam mit dem Zug nach Bern. Die entscheidende Rolle, die der Schienenverkehr für diese Kantone spielt, ist ein wichtiges Thema, insbesondere für den Kanton Freiburg. © Staat Freiburg – Etat de Fribourg

Entlastungspaket 27 des Bundes

Der Bundesrat setzte eine Expertengruppe ein, die Massnahmen zur Entlastung der Bundesfinanzen um mindestens 3 Milliarden Franken vorschlagen sollte. Im Anschluss an den Bericht legte er die Massnahmen fest, die er umsetzen wollte, um die Finanzen des Bundes in den nächsten Jahren zu entlasten.

Im Januar 2025 wird das [Entlastungspaket](#) in die Vernehmlassung geschickt. Es enthält 59 Massnahmen, von denen 36 eine Änderung der Gesetzgebung erfordern. Der Kanton Freiburg hat in seiner Stellungnahme die Verlagerung der Lasten vom Bund auf die Kantone abgelehnt und auf die schwierige finanzielle Lage des Kantons hingewiesen. Er schloss sich auch der gemeinsamen Stellungnahme der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) an. In seiner Analyse hat der Kanton Freiburg 29 Massnahmen des Entlastungspakets identifiziert, die negative finanzielle Auswirkungen für den Kanton hätten.

Im Anschluss an die Vernehmlassung hat der Bundesrat die Botschaft an das Parlament

verabschiedet. Der Kanton Freiburg hat sich dafür eingesetzt, die Auswirkungen des Entlastungspakets zu beziffern. Die Informationen wurden der Freiburger Delegation in den eidgenössischen Räten mehrfach übermittelt, insbesondere bei einem Treffen mit dem Staatsrat.

Während der Debatten hat der Ständerat bestimmte Massnahmen abgeschwächt oder geändert, um sie besser an die finanzielle Lage der Kantone anzupassen. Es wurden auch einige Gesetzesänderungen diskutiert, wie beispielsweise die Änderung des Bundesgesetzes über Regionalpolitik oder des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes. Die Ständerätinnen und Ständeräte haben sich gegen mehrere Kürzungen im Bereich Bildung und Forschung sowie gegen die Änderung des Bundesgesetzes über Regionalpolitik ausgesprochen. Insgesamt hat der Ständerat das Volumen der Einsparungen um rund einen Drittel reduziert.



Das Entlastungspaket des Bundes in der Höhe von rund 3 Milliarden Franken trifft den Kanton Freiburg besonders hart. Der Ständerat hat die Massnahmen um rund einen Drittel gekürzt. Nun muss der Nationalrat darüber entscheiden. © Staat Freiburg – Etat de Fribourg

Treffen mit Bundesrat Ignazio Cassis

Der Schweizer Föderalismus basiert auf einer Aufteilung der Zuständigkeiten. Damit er effizient und effektiv funktioniert, sind die Beziehungen und das gute Einvernehmen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden von entscheidender Bedeutung. Der Staatsrat des Kantons Freiburg pflegt regelmässige direkte Kontakte zu den Bundesrätinnen und Bundesräten, wodurch ein Austausch über gemeinsame Themen oder Standpunkte möglich ist.

Im Jahr 2025 traf Bundesrat Ignazio Cassis, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), den Freiburger Staatsrat, um sich über die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, die Fortsetzung der Verhandlungen mit der Europäischen Union im Rahmen der Bilateralen III, die Folgen des Krieges in

der Ukraine für den Kanton Freiburg sowie den aktuellen Stand der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten auszutauschen.

Der Staatsrat bekräftigte seinen Wunsch nach stabilen und soliden Beziehungen zur Europäischen Union, die nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch kulturell durch den Hochschulaustausch und das Programm Horizon Europe ein wichtiger Partner ist.

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hat direkte Auswirkungen auf die Kantone. Der Staatsrat wollte mehr über die Sichtweise des EDA zum Konflikt und dessen Entwicklung erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit dem Amtsantritt der neuen US-Regierung.



Die Kantonsregierung traf sich mit dem Vorsteher des Departements für auswärtige Angelegenheiten, Bundesrat Ignazio Cassis. Letzterer lieferte Informationen über die Beziehungen zur EU und zu den Vereinigten Staaten sowie über den Krieg in der Ukraine.
© Staat Freiburg – Etat de Fribourg

Ausbildung in Bundesangelegenheiten

Der Sektor Aussenbeziehungen organisiert jedes Jahr einen Weiterbildungstag zum Thema Bundesangelegenheiten. Diese Weiterbildung steht allen Mitarbeitenden der staatlichen Direktionen offen und hat zum Ziel, die Kenntnisse über die Gesetzgebungsprozesse zu vertiefen, aufzuzeigen, wo und wie relevante Informationen zu politischen Vorlagen auf Bundes- und interkantonalen Ebene zu finden sind, und ein besseres Verständnis für die Mechanismen zur Verteidigung von für den Kanton wichtigen Vorlagen zu vermitteln.

Der Tag findet im Haus der Kantone in Bern statt, einem strategisch wichtigen Ort für die Kantone in der politischen Landschaft der Eidgenossenschaft. Die 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ausgabe 2025 hatten somit die Gelegenheit, diese Umgebung kennenzulernen und gleichzeitig an praktischen Übungen teilzunehmen, darunter das Verfassen einer Notiz zu einem politischen Thema für die Mitglieder der Freiburger Delegation in den Eidgenössischen Räten.

Diese Anwendungsbeispiele ermöglichen es, das Gelernte auf konkrete und interaktive Weise zu festigen.

Ein Höhepunkt des Tages ist das Treffen mit einem oder mehreren Mitgliedern der Freiburger Delegation der Eidgenössischen Räte. Dieses Jahr stellte Nationalrätin Valérie Piller Carrard ihre parlamentarische Arbeit vor, insbesondere ihr Engagement in den Kommissionen und während der parlamentarischen Sitzungen. Dieser Austausch bietet den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen direkten Einblick in die Rolle der Parlamentarierinnen und Parlamentarier und trägt dazu bei, die Beziehungen zwischen der Kantonsverwaltung und den Mitgliedern der Eidgenössischen Räte zu stärken.

Über den Erwerb von Wissen hinaus zielt dieser Tag auch darauf ab, den Austausch zwischen den Ämtern zu fördern und die Schaffung von Netzwerken anzuregen, die für die Bearbeitung künftiger Geschäfte nützlich sind.



Der Sektor Aussenbeziehungen bietet den Mitarbeitenden der staatlichen Direktionen eine Weiterbildung zu Bundesangelegenheiten an, um das Verständnis für die Prozesse in Bundesbern zu vertiefen und das vernetzte Denken zu fördern. Ziel ist es, die für die Vertretung der Interessen des Kantons erforderlichen Kompetenzen zu stärken und die Zusammenarbeit zu fördern. © Staat Freiburg – Etat de Fribourg

2 Interkantonale Beziehungen

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Der Kanton Freiburg ist in verschiedenen Organen der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) vertreten. Staatsrat Olivier Curty vertritt die Kantonsregierung bei den Plenarsitzungen der KdK. Er ist zudem Präsident der Europakommission der KdK und Mitglied des Leitenden Ausschusses.

Im Jahr 2025 haben die Kantone unterschiedliche Positionen eingenommen. Zunächst einmal hat sich die KdK entschieden gegen die Verlagerung der Lasten vom Bund auf die Kantone ausgesprochen. Die KdK hat sich auch in die Debatte im Ständerat eingeschaltet. Ein Grossteil der Bedenken wurde berücksichtigt.

Die KdK hat zudem zu verschiedenen Vorlagen Stellung genommen, die dem Volk vorgelegt werden. Die Kantonsregierungen haben sich gegen die Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik - steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» ausgesprochen, da sie der Ansicht waren, dass das Anliegen ihre Steuer- und Finanzhoheit beeinträchtigen würde. Die KdK lehnt auch die

Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» ab, da sie erhebliche Auswirkungen auf verschiedene Bereiche wie Wirtschaft, Verbrechensbekämpfung und den Service public hätte.

Das Jahr 2025 war auch geprägt von der Vernehmlassung zum Abkommenspaket zwischen der Schweiz und der EU, den sogenannten Bilateralen III. Die KdK hat zwei Vernehmlassungen bei den Kantonen durchgeführt, damit diese sich in Form einer Stellungnahme zu den Sachverhalten äussern können. Letztere unterstützen das Abkommenspaket. Die Abkommen werden sich auch auf die Kantone auswirken, die erwarten, in die verschiedenen Prozesse einbezogen zu werden. Darüber hinaus wurde die Frage nach der Art des Referendums auch an der ausserordentlichen Plenarsitzung vom 24. Oktober 2025 behandelt. Eine Mehrheit der Kantonsregierungen schliesst sich dem Vorschlag des Bundesrates an, die Abkommen dem fakultativen Referendum zu unterstellen.



Die KdK lehnt die Verlagerung der Lasten vom Bund auf die Kantone im Rahmen des Entlastungspakets des Bundes ab. Die Konferenz hat sich auch für das Abkommen mit der EU ausgesprochen. Die KdK lehnt hingegen die Volksinitiativen «Initiative für eine Zukunft» und «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ab. © Simon Iannelli

Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)

Die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK), deren Mitglied der Kanton Freiburg ist, vertritt die gemeinsamen Interessen der Region Westschweiz. Sie stellt den Informationsaustausch zwischen ihren Mitgliedern und die Koordination mit den Westschweizer Fachkonferenzen sicher.

Der Vorstand hat mehrfach über das Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union diskutiert. Der Freiburger Staatsrat hat stets die Bedeutung einer verlässlichen und stabilen Beziehung zur EU betont. Die Kantone der WRK unterstützen das Abkommenspaket und haben sich in der Vernehmlassung positiv geäußert. Im Jahr 2025 werden zu mehreren Themen Stellungnahmen abgegeben. Dies gilt insbesondere für die Initiative «200 Franken sind genug!», die am 8. März 2026 dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Die Westschweiz wäre stark betroffen, wenn diese Initiative angenommen würde. Die WRK ist der Ansicht, dass ein starker Service public für die Qualität

und Pluralität der Information, die wichtigsten Säulen der demokratischen Debatte, von entscheidender Bedeutung ist. Der Vorstand der WRK hat mit der Geschäftsleitung der SRG RTS die möglichen Folgen einer Annahme dieser Initiative diskutiert.

Die WRK hatte auch einen Brief an die Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier versandt, um sie von der Notwendigkeit eines finanziellen Beitrags an das Institut für Föderalismus zu überzeugen.

Ein weiteres wichtiges Thema war der seit langem bestehende Arbeitskräftemangel in der Westschweiz. Das Generalsekretariat hat zu diesem Thema eine Umfrage in allen Kantonen durchgeführt. Es überrascht nicht, dass ein Mangel in den Gesundheits- und Sozialberufen, aber auch in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) festgestellt wurde. Zu den möglichen Lösungen zählen die Verbesserung der Ausbildung, der Arbeitsbedingungen und der Löhne.



*Die SRG-Initiative, die eine Begrenzung der Gebühr auf 200 Franken vorsieht, wird von der WRK abgelehnt. Zu diesem Thema fand ein Austausch mit den Führungskräften der SRG und von RTS statt.
© Staat Freiburg – Etat de Fribourg*

Hauptstadtregion Schweiz (HRS)

Der Kanton Freiburg ist Teil der Hauptstadtregion Schweiz (HRS), einem Zusammenschluss von fünf Kantonen und mehreren Städten, Gemeinden und regionalen Organisationen rund um die Schweizer Hauptstadt. Ziel ist es, die Bedeutung der Mitgliedsregionen in wirtschaftlicher Hinsicht und als Lebensräume zu stärken. Staatsrat Didier Castella ist deren Co-Präsident.

Sieben Themen sind für die HRS von zentraler Bedeutung: Politik, Gesundheit, Smart Capital, Ernährung und Nahrung, interkantonale Wirtschafts- und Raumentwicklung, Verkehr und Zweisprachigkeit. Eine Absichtserklärung zur Zweisprachigkeit wurde 2025 erneuert. Der zweisprachige Kanton Freiburg ist sehr aktiv und engagiert sich in der Arbeitsgruppe der HRS. Diese erarbeitet insbesondere eine Strategie zur Zweisprachigkeit. Es werden mehrere Themen diskutiert, insbesondere das frühe Erlernen der französischen und deutschen Sprache, die Bedeutung des Erlernens der Landessprachen in den Schulen oder

auch die Frage, wie die Zweisprachigkeit in der Bevölkerung gefördert werden kann. Auch der Sprachtausch steht im Mittelpunkt der Diskussionen.

Im Jahr 2025 organisierte die HRS ihr jährliches Forum in Naters im Wallis. Das Forum bot Gelegenheit, das Thema Grossveranstaltungen in der Hauptstadtregion Schweiz anzusprechen und dabei deren Herausforderungen sowie die Frage zu erörtern, wie diese eine ganze Region tragen können. Anlässlich dieser Veranstaltung überreichte der Freiburger Co-Präsident den Preis für Zweisprachigkeit zur Förderung des kulturellen und künstlerischen Nachwuchses an den Berner Regisseur Djibril Vuille für sein Filmprojekt «Schoggi». Sein Film behandelt Themen wie Migration, Mehrsprachigkeit, kulturelle Identität und Kolonialgeschichte und spielt dabei mit Sprachen wie Französisch, Berner Dialekt und Wolof (am häufigsten genutzte Sprache Senegals).



Didier Castella, Co-Präsident der HRS, leitete die Generalversammlung in Olten. Freiburg engagiert sich innerhalb der HRS in verschiedenen Arbeitsgruppen, darunter auch in der Arbeitsgruppe zur Zweisprachigkeit. Anlässlich des Forums in Naters wird der Berner Filmemacher Djibril Vuille mit dem Preis für Zweisprachigkeit ausgezeichnet. © Staat Freiburg – Etat de Fribourg

3 Internationale Beziehungen

Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Der Kanton Freiburg ist, an der Seite vieler weiterer europäischer Regionen, Mitglied der Versammlung der Regionen Europas (VRE). Dieses Jahr feierte die Organisation ihr 40-jähriges Bestehen, das während der Generalversammlung vom 17. bis 19. Juni in Maribor, Slowenien, gefeiert wurde. Über 150 regionale Vertreterinnen und Vertreter nahmen an dieser Veranstaltung teil, die vier Jahrzehnte interregionaler Zusammenarbeit würdigte. Während der Sitzung des Büros wurden die politischen Prioritäten der VRE für den Zeitraum 2025-2030 endgültig festgelegt. Diese Prioritäten gliedern sich in drei grundlegende Bereiche: Demokratie, Wohlstand und Inklusion.

Der letzte Tag war geprägt von zwei parallel stattfindenden Podiumsdiskussionen, die sich jeweils mit Bioökonomie und nachhaltigem Tourismus befassten. Der Kanton Freiburg spielte bei diesen

beiden thematischen Präsentationen eine besonders aktive Rolle, da er die Gelegenheit hatte, konkrete Beispiele für Best Practices vorzustellen. Im Bereich der Bioökonomie konnten die kantonale Politik der nachhaltigen Entwicklung, der Klimaplan, der Abfallplan und die Roadmap für Kreislaufwirtschaft angesprochen werden. Gleichzeitig stellte der Kanton einen Ansatz für nachhaltigen Tourismus vor, der auf lokalem Engagement, verantwortungsbewusster Mobilität und der Unterstützung regionaler Akteure basiert. Mehrere symbolträchtige Projekte wurden ausgezeichnet, darunter der ChocolatExpress und die preisgekrönten Städtchen Greyerz und Murten.

Darüber hinaus widmet die VRE der Beteiligung junger Menschen am politischen Leben besondere Aufmerksamkeit. Zu diesem Zweck nahm die Leiterin des kantonalen Jugendamts an einer Debatte zu diesem Thema in Brüssel teil.



An der Generalversammlung mit über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Maribor stellte der Delegierte für Aussenbeziehungen des Kantons Freiburg die Roadmap für die Kreislaufwirtschaft vor. Diese betrifft die Schlüsselbranchen Lebensmittelindustrie und Bauwesen. © Staat Freiburg – Etat de Fribourg

Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE)

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) ist eine Institution des Europarates, deren Ziel es ist, die lokale und regionale Demokratie in den 46 Mitgliedsstaaten zu stärken. Staatsrat Didier Castella ist Mitglied der Schweizer Delegation, die sich aus drei Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und drei Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden zusammensetzt.

Bei der Veranstaltung im Oktober in Strassburg nutzte Didier Castella die Gelegenheit, um viele Menschen zu treffen. Am ersten Abend stand ein Austausch mit

den Mitgliedern der deutschsprachigen Länder, Deutschland, Österreich, Liechtenstein und Luxemburg auf dem Programm.

Mit der Delegation tauschte er sich auch mit dem Generalsekretär des Europarates und ehemaligen Bundesrat Alain Berset sowie mit der Schweizer Botschafterin in Strassburg, Tania Cassini, aus.

Didier Castella nutzte seinen Aufenthalt auch, um sich mit Frédéric Bierry, dem Präsidenten der Europäischen Gemeinschaft Elsass, über Zweisprachigkeit auszutauschen.



Staatsrat Didier Castella traf während seiner Teilnahme am Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates in Strassburg den Generalsekretär des Europarates, Alain Berset, die Schweizer Botschafterin Tania Cassini und Frédéric Bierry, Präsident der Europäischen Gemeinschaft des Elsass. © Europarat

Grand Est

Der Kanton Freiburg und die Region Grand Est (ehemals Elsass, Champagne-Ardenne und Lothringen) pflegen seit vielen Jahren eine Zusammenarbeit. Tatsächlich legte das Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit im Jahr 2008 den Grundstein für die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Freiburg und der damaligen Region Elsass. Diese Zusammenarbeit wurde 2011 um ein Abkommen im Bereich Wirtschaft und Innovation erweitert. Dieses Abkommen wurde 2013 unterzeichnet und 2021 erneuert.

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Gebieten zielt darauf ab, das gegenseitige Engagement für einen fruchtbaren Austausch und ehrgeizige Projekte zu fördern und zu bekräftigen. In diesem Sinne sind die Programme Interreg oder GreenSkHy zur Entwicklung der Branche für sauberen Wasserstoff Beispiele für diese innovative Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen wichtige Themen wie die Bedeutung der Zweisprachigkeit, Landwirtschaft, nachhaltige Waldbewirtschaftung sowie Ausbildung und Forschung.

Der Austausch ist vielfältig und intensiv, wie die Teilnahme einer Freiburger Delegation an der Bioökonomie-Konferenz während der Messe in Châlons-en-Champagne im Jahr 2022 oder der Besuch

einer Delegation aus dem Grand Est anlässlich der EUSALP-Konferenz im Jahr 2023 zeigen. Im Jahr 2024 nahm auch der Kanton Freiburg an der Veranstaltung Bioket teil und unterstrich damit sein Engagement für die Bioökonomie und die Innovation.

Schliesslich wurde diese Zusammenarbeit am 21. Februar 2025 anlässlich des Besuchs einer Delegation aus dem Grand Est im Kanton Freiburg erneuert. Die Verlängerung des Kooperationsabkommens wurde vom Präsidenten der Region Grand Est, Franck Leroy, und vom Präsidenten des Staatsrats des Kantons Freiburg, Jean-François Steiert, unterzeichnet. Der Tag wurde durch Unternehmensbesichtigungen, den Austausch von Best Practices im Bereich Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft mit dem Cluster Food & Nutrition und dem Swiss Plastics Cluster sowie einer Zusammenarbeit zu Themen der Exzellenz abgerundet. An dem Treffen nahmen rund zwanzig französische Persönlichkeiten teil, darunter der Präsident und die Vizepräsidentin, sowie etwa dreissig Personen aus der Freiburger Delegation, darunter ein Teil des Staatsrates sowie Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen (Universität, Fachhochschule, Handelskammer usw.).



Der Kanton Freiburg empfing eine Delegation der Region Grand Est anlässlich der Unterzeichnung eines Rahmenabkommens in Bulle, das eine verstärkte Zusammenarbeit für die nächsten fünf Jahre besiegelt. Diese Erneuerung zielt darauf ab, die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sowie das gute Einvernehmen zwischen den beiden Gebieten zu fördern. © J.-L. Stadler, Grand Est.

4 Rückblick in Bildern



Altdorf, 12. und 13 März 2025 © Kanton Uri

Der Freiburger Staatsrat wird von der Regierung des Kantons Uri in Altdorf empfangen.



Freiburg, 2. Mai 2025 © Staat Freiburg – État de Fribourg

Treffen mit Ignazio Cassis, Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, zum Austausch über die Europapolitik und die aktuellen geopolitischen Herausforderungen.



Freiburg, 6. Mai 2025 © Staat Freiburg – État de Fribourg

Der Staatsrat trifft James Squire, Botschafter des Vereinigten Königreichs. In den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation besteht eine intensive Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern.



Neuenburg, 25. Juni 2025 © Staat Freiburg – Etat de Fribourg

Die Freiburger Regierung traf sich mit ihren Neuenburger Amtskollegen zu einem freundlichen und konstruktiven Arbeitstreffen im Laténium.



Freiburg, 21. August 2025 © Staat Freiburg – État de Fribourg

Jährliches Treffen mit hochrangigen Bundesbeamten mit einem Bezug zum Kanton Freiburg im Rahmen der 50. Ausgabe der Rencontres de Folklore internationales Fribourg (RFI).



Martigny, 26. bis 27. August 2025 © Staat Freiburg – État de Fribourg

Der Staatsrat des Kantons Freiburg hat sich mit der Kantonsregierung des Kantons Wallis getroffen. Diese regelmässigen Treffen stärken die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen angesichts der aktuellen wirtschaftlichen, energetischen und sozialen Herausforderungen.



Freiburg, 28. August 2025 © Staat Freiburg – État de Fribourg

Die Generaldirektion der Schweizerischen Nationalbank organisiert jährlich ein Treffen, zu dem sie eine Kantonsregierung einlädt. Im Jahr 2025 traf sie sich mit dem Staatsrat des Kantons Freiburg.



Freiburg, 18. November 2025 © Staat Freiburg – État de Fribourg

Der Staatsrat traf sich mit Marion Paradas, Botschafterin Frankreichs, dem drittgrössten Wirtschaftspartner des Kantons Freiburg.



Bern, 1. Dezember 2025 © Stemutz.com

Der Staatsrat des Kantons Freiburg ist nach Bern gereist, um die Wahlen des Nationalrats zu verfolgen. Er gratuliert Pierre-André Page, der zum Präsidenten des Nationalrats für das Jahr 2026 gewählt wurde.

Nach seiner Wahl wurde am 3. Dezember 2025 ein offizieller Empfang im Kanton Freiburg organisiert. Ein Sonderzug brachte die Gäste von Bern auf Freiburger Boden, mit einem ersten Halt in Flamatt, bevor es weiter nach Bulle ging. In Romont endete die Reise der Gäste mit einer offiziellen Feier und einem Essen im Bicubic.

Alle Bilder dieser Veranstaltung finden Sie auf der [flickr-Seite](#) des Staates Freiburg.



Bern, 17. Dezember 2025 © Staat Freiburg – Etat de Fribourg

Der Staatsrat gratuliert Fabien Gasser zu seiner Wahl zum stellvertretenden Generalstaatsanwalt der Eidgenossenschaft.



Freiburg, 18. Dezember 2025 © Staat Freiburg – Etat de Fribourg

Guy Parmelin machte im Rahmen des Empfangs zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten einen kurzen Zwischenhalt im Bahnhof Freiburg. Eine Delegation des Staatsrats, begleitet von der Landwehr, war anwesend, um ihn zu empfangen.

5 Anhänge

Fachkonferenzen

Direktorenkonferenzen auf nationaler Ebene (Stand am 31.12.2025)

Name	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)	Direktor RIMU	Präsident
Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)	Direktor RIMU	Vorstandsmitglied
Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)	Direktor GS	Mitglied
Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)	Direktor GS	Mitglied
Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK)	Direktor FIN	Mitglied
Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)	Direktor VWB	Vorstandsmitglied
Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)	Direktor VWB	Vorstandsmitglied
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	Direktor VWB	Mitglied des Leitenden Ausschusses
Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren (LDK)	Direktor ILF	Vizepräsident
Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL)	Direktor ILF	Mitglied
Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK)	Direktorin BKA	Vize-Präsidentin
Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK)	Direktorin BKA	Vorstandsmitglied
Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	Direktor SJS	Vorstandsmitglied
Fachdirektorenkonferenz Geldspiele (FDKG)	Direktor SJS	Mitglied
Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF)	Direktor SJS	Mitglied
ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	Staatskanzlerin	Mitglied Leitender Ausschuss
Schweizerische Staatsschreiberkonferenz (SSK)	Staatskanzlerin	Präsidentin (ab 01.07.25)

Schweizerische Regionalkonferenzen (Stand am 31.12.2025)

Name	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Bau-, Planungs- und Umweltdirektorinnen und -direktorenkonferenz der West- und lateinischen Schweiz (CDTAPSOL)	Direktor RIMU	Präsident
Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (CTSO)	Direktor RIMU	Präsident
Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz der lateinischen Schweiz (CLASS)	Direktor GS	Präsident (ab 01.06.25)
Lateinische Konferenz der in Asyl- und Migrationsfragen zuständigen Departementsvorsteher (CLDAM)	Direktor GS	Mitglied
Lateinische Konferenz der kantonalen Direktoren für Digitales (CLDN)	Direktor FIN	Präsident
Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz (CLDF)	Direktor FIN	Mitglied
Konferenz der Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-WS)	Direktor VWB	Präsident
Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)	Direktor VWB	Vizepräsident
Regierungsausschuss HES-SO	Direktor VWB	Vorstandsmitglied
Greater Geneva Berne area (GGBa)	Direktor VWB	Mitglied
Hauptstadtregion Schweiz (HRS)	Direktor ILF	Co-Präsident
Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP): Plenarversammlung Kultur	Direktorin BKA	Präsidentin
Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)	Direktorin BKA	Mitglied
Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK)	Direktorin BKA	Mitglied
Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD)	Direktor SJS	Präsident
Lateinische Konferenz der in Asyl- und Migrationsfragen zuständigen Departementsvorsteher (CLDAM)	Direktor SJS	Präsident
Lateinische Konferenz der kantonalen Militär- und Bevölkerungsschutzdirektorinnen und -direktoren (CLAMPP)	Direktor SJS	Präsident
Westschweizer Konferenz für Geldspiele (CRJA)	Direktor SJS	Mitglied
Westschweizer Konferenz der Lotterie und der Geldspiele (CRLJ)	Direktor SJS	Mitglied
Lateinische Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Präsidentin

Interkantonale Vereinbarungen

Interkantonale Vereinbarungen in Ausarbeitung, Verhandlung oder im Ratifizierungsprozess (Stand am 31.12.2025)

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahr- schein- liches Datum des Inkraft- tretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betroffene Direktoren- konferenz	Stand
1	Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Sanitätskräfte bei ausserordentlichen Ereignissen	01.01.2020	Alle Westschweizer Kantone	GSD	CLASS	Freiburg hat die Vereinbarung am 19.06.2019 ratifiziert. Es ging um die Legitimierung und die nachhaltige Sicherung der seit 2004 vom GRIMCA begonnenen Arbeiten.
2	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) – Änderung	01.01.2020	Alle	GSD	SODK	Noch immer in Kraft (SVA)
3	Vereinbarung zum Einsatz und der Bewirtschaftung einer sanitätsdienstlichen Einrichtung	01.01.2020	VD, FR	GSD	-	Freiburg hat die Vereinbarung am 22.12.2020 ratifiziert, mit rückwirkendem Inkrafttreten auf den 01.01.2020.
4	Vereinbarung über den Einsatz und der Nutzung einer sanitätsdienstlichen Einrichtung	01.01.2020	VD, FR und Montagny	GSD	-	Freiburg hat die Vereinbarung am 14.01.2021 ratifiziert, mit rückwirkendem Inkrafttreten auf den 01.01.2020. Die Gemeinde Montagny hat die genannte Vereinbarung am 29.11.2022 infolge Auflösung der Feuerwehr gekündigt. Eine neue Vereinbarung wird derzeit ausgearbeitet.
5	Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz auf dem Gebiet der Kantone Freiburg und Waadt sowie der Republik und des Kantons Genf (Vereinbarung SIERA)	01.01.2019	GE, VD, FR	RIMU	-	Gesetz vom 08.11.2018 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz SIERA
6	Revision der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	2022	Alle Kantone	RIMU	BPUK	Verabschiedung durch das Interkantonale Organ für das öffentliche Beschaffungswesen (InöB) am 15.11.2019, Freiburg ist durch das Gesetz vom 01.02.2022

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahr- schein- liches Datum des Inkraft- tretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betroffene Direktoren- konferenz	Stand
						beigetreten (in Kraft ab 01.01.2023).
7	Zusammenarbeitsvereinbarung für die Entwicklung und Verwaltung der Anwendung Kompass21	22.03.2021	VD, VS, FR	RIMU	BPUK	Unterzeichnet am 22.03.2021
8	Interkantonale Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (ISV)	01.01.2026	Alle Kantone	BKAD	EDK	Verabschiedet vom Grossen Rat am 28.03.2025. In Kraft getreten per 01.01.2026.
9	Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze (IKAPOL)	01.01.2025	Alle Kantone	SJSD	KKJPD	Die Vereinbarung ist per 01.01.2025 in Kraft getreten.
10	Vereinbarung vom 21. März 2024 zur Revision des Konkordats vom 18. Oktober 1996 über die Sicherheitsunternehmen	01.01.2025	FR-GE-JU-NE-VS-VD	SJSD	LKJPD	Das revidierte Konkordat ist am 04.01.2025 in Kraft getreten.
11	Vereinbarung zwischen den Kantonen und dem Bund über die Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz (KHIJP)	2026	Alle Kantone	SJSD	KKJPD	Das Beitrittsgesetz wurde am 10.10.2024 vom Grossen Rat angenommen und ist am 01.12.2024 in Kraft getreten.
12	Interkantonaler Vertrag über die Organisation und den Betrieb der Seepolizei auf dem Neuenburgersee	11.06.2014	FR-VD-NE	SJSD	-	Der Nachtrag trat am 01.01.2025 in Kraft.
13	Westschweizer Wissenschaftlicher Rat für Klimafragen	01.10.2025	FR, VD, VS, NE, GE, JU,	RIMU	-	Unterzeichnet am 22.08.2025.
14	Vereinbarung zwischen dem Kanton Freiburg und dem Kanton Waadt über die interkantonale Zusammenarbeit im Schulwesen	18.01.2024	VD, FR	BKAD	-	Unterzeichnet am 18.01.2024.

Staatskanzlei SK

Route des Arsenaux 41, 1700 Freiburg
T +41 26 305 10 45
staatskanzlei@fr.ch, www.fr.ch/sk

—

März 2026

—

Copyright: © Patrick Mülhauser

—

Auf 100 % umweltfreundlichem Papier gedruckt